

## A1neu Für eine umfassende BAföG-Reform

Gremium: BuVo  
Beschlussdatum: 13.10.2017  
Tagesordnungspunkt: 3.3. inhaltliche Anträge

1070 Nach der letzten BAföG Novelle 2014 klopfte sich die Bundesregierung auf die  
1071 Schulter, ein Meilenstein in der BAföG Anpassung sei geschafft. Auch wenn viele  
1072 wichtige Änderungen auf den Weg gebracht wurden, eine gute und gerechte  
1073 Ausbildungsförderung sieht anders aus.

1074

1075 Hätte die Bundesregierung den für 2016 anstehenden BAföG-Bericht nicht ausfallen  
1076 lassen, wäre es ihr vielleicht selbst aufgefallen. Die Gefördertenquote sinkt,  
1077 kaum noch jemand erhält den vollen BAföG-Satz und die gute wirtschaftliche Lage  
1078 der letzten Jahre wurde nicht dafür genutzt Menschen eine selbstbestimmte  
1079 Bildung zu ermöglichen, sondern auch beim BAföG de facto gekürzt.

1080

1081 Ein starkes BAföG ist zentral, um Chancengerechtigkeit beim Hochschulzugang und  
1082 gesellschaftliche Teilhabe an Bildung mit einem klaren Rechtsanspruch auf eine  
1083 bedarfsdeckende Studienfinanzierung zu ermöglichen. Es ist daher an der Zeit für  
1084 eine weitreichende Reform des BAföG.

1085

1086 EIN HÖHERES BAFÖG FÜR MEHR MENSCHEN

1087

1088 Um die faktische Entwertung der Ausbildungsförderung der letzten Jahre  
1089 auszugleichen, bedarf es eines sofortigen Inflationsausgleichs (Stand Anfang  
1090 2017: 6,5 %). Weiterhin ist eine regelmäßige, automatische und bedarfsdeckende  
1091 Anpassung der Bedarfssätze notwendig.

1092

1093 Die 21. Sozialerhebung hat gezeigt, dass Studierende monatlich durchschnittlich  
1094 rund 820 Euro für Miet-, Lebenshaltungs- und Studienkosten ausgeben. Der BAföG-  
1095 Höchstsatz liegt deutlich darunter und zwingt Studierende nebenher zu arbeiten.

1096

1097 Eine BAföG-Förderung muss gewährleisten, dass ein Studium bedarfsdeckend  
1098 finanziert werden kann. Die Bedarfssätze sind an den tatsächlichen Ausgaben für  
1099 ein Studium zu orientieren. Dieser Anspruch wird bisher nicht erfüllt.

1100

1101 Der Bezug von BAföG ist abhängig vom Einkommen der Eltern. Umso höher die  
1102 Freibeträge, umso mehr Studierenden wird ein Zugang zum BAföG ermöglicht. Da die  
1103 Freibeträge nicht regelmäßig angepasst werden und sich auch nicht an den realen  
1104 Bedarfen orientieren, fallen viele Studierende, die auf BAföG angewiesen sind,  
1105 aus der Förderung. Dies betrifft vor allem Studierende aus  
1106 Mittelschichtshaushalten. Die Erhöhung der Freibeträge ist deshalb dringend  
1107 nötig. Um allen Menschen ein Studium zu ermöglichen, sollte die  
1108 Elternabhängigkeit abgeschafft werden.

1109

1110 ANPASSUNG DES BAFÖG AN DIE LEBENSREALITÄT VON STUDIERENDEN.

1111

1112 Das BAföG als Herzstück der staatlichen Studienfinanzierung braucht neben  
1113 höheren Fördersätzen auch eine Strukturreform, um die Förderung an die

1114 veränderten Lebenswirklichkeiten der Studierenden anzupassen und den  
1115 Empfänger\*innenkreis zu vergrößern.

1116

1117 Insbesondere die Wohnkostenpauschale deckt nur noch in sehr wenigen Städten die  
1118 Miete eines durchschnittlichen WG- oder Wohnheimzimmers. Daher sollte sich die  
1119 diese Pauschale an regionalen Maßstäben bemessen. Um eine staatliche Subvention  
1120 privater Vermieter\*innen zu verhindern muss zudem eine wirksame Mietpreisbremse  
1121 eingeführt und der staatliche soziale Wohnungsbau ausgebaut werden.

1122

1123 Der Bezug von BAföG-Leistungen ist auf die Dauer der sogenannten  
1124 Regelstudienzeit begrenzt. Diese idealtypische Annahme geht an der  
1125 Lebensrealität von Studierenden vorbei. Fast 30 Prozent der Studierenden  
1126 studieren de facto in Teilzeit. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Rund zwei  
1127 Drittel der Studierenden arbeiten neben dem Studium, ein wachsender Anteil  
1128 Studierender hat mit gesundheitlichen Einschränkungen zu tun. Es gibt  
1129 Studierende mit Pflegeaufgaben, Studierende mit Kind(ern) und ehrenamtlich  
1130 Engagierte. Diese Vielfalt in den Lebensbedingungen von Studierenden muss sich  
1131 in den BAföG-Regelungen durch eine Förderung für Teilzeitstudierende  
1132 widerspiegeln.

1133

1134 Nur 40 Prozent aller Studierenden schließen ihr Studium innerhalb der  
1135 Regelstudienzeit ab, fast 90 Prozent gelingt dies in den folgenden vier  
1136 Semestern. Eine Verlängerung von BAföG ist daher angebracht, um diese  
1137 Finanzierungslücke zu schließen. Individuell muss eine Verlängerung darüber  
1138 hinaus möglich sein, wenn Pflegeaufgaben geleistet werden müssen,  
1139 gesundheitliche Einschränkungen die Studiendauer verlängern oder Studierende  
1140 ehrenamtlich aktiv sind.

1141

1142 Die gesamtgesellschaftliche Bedeutung von ehrenamtlichem Engagement wird immer  
1143 wieder betont. Es ist an der Zeit, dass dies auch bei der Ausgestaltung  
1144 öffentlicher Förderinstrumente anerkannt wird. Dabei ist darauf zu achten, dass  
1145 ausschließlich Engagement in demokratischen, nicht menschenfeindlichen  
1146 Zusammenhängen förderrechtlich anrechenbar wird.

1147

1148 Wer nach dem Bachelor in den Beruf einsteigt, um einige Jahre später einen  
1149 Master an der Hochschule zu machen, kommt heute im BAföG kaum zum Zuge. Die  
1150 Altersgrenze für die Aufnahme eines Studiums von 30 bzw. 35 Jahren  
1151 (Masterstudiengang) schließt viele Menschen aus und verbaut vor allem beruflich  
1152 Qualifizierten den Zugang zur Hochschule. Um tatsächlich als  
1153 Breitenförderungsinstrument gelten zu können und Menschen ein Studium zu  
1154 ermöglichen, muss die Altersgrenze fallen.

1155

1156 **BAFÖG SCHRITTWEISE ZUM VOLLZUSCHUSS AUSBAUEN.**

1157

1158 Viele junge Menschen, die sich für ein Studium interessieren, werden durch die  
1159 entstehenden möglichen Schulden (bis zu 10.000 Euro allein durch BAföG) von der  
1160 Aufnahme eines Studiums abgeschreckt. Dass eine Sozialleistung in Form eines  
1161 Darlehens gezahlt wird, ist das größte Manko des BAföG. Es kann in dieser Form  
1162 eben nicht jeder und jedem unabhängig vom sozialen Hintergrund den Weg an die  
1163 Hochschule öffnen. Ganz im Gegenteil, je schlechter die finanzielle  
1164 Ausgangslage, desto höher die Schulden derjenigen, die auf BAföG angewiesen

1165 sind, wenn sie ins Berufsleben starten. Ein Vollzuschuss ermöglicht, dass sich  
1166 Menschen aus einkommensschwachen Familien überhaupt für ein Studium entscheiden.  
1167 Die schlechte aktuelle Förderquote ist nicht zuletzt dem geschuldet, dass BAföG  
1168 bekommen auch immer Schulden machen heißt.

1169

1170 Das BAföG verfehlt zurzeit seine Aufgabe diejenigen zu fördern, die eigentlich  
1171 darauf angewiesen sind, dabei sollte es Herzstück einer umfassenden  
1172 Studienfinanzierung für alle sein. Elitenförderung lehnen wir ab. Deshalb  
1173 fordern wir die Abschaffung des Deutschlandstipendiums.

1174

1175 Gute Bildung gibt es nicht zum Nulltarif. Das heißt, die öffentlichen Ausgaben  
1176 für Bildung und Forschung müssen schnellstmöglich und dauerhaft auf mindestens  
1177 10 Prozent des BIP nach OECD-Standard erhöht werden. Wenn uns gesagt wird, die  
1178 öffentlichen Kassen seien leer, können wir nur sagen: Nicht die Ausgaben sind zu  
1179 hoch, sondern die Einnahmen zu niedrig. Die Ausfinanzierung des Bildungssystems  
1180 ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und gehört in öffentliche Hand. Dafür  
1181 müssen Bund und Länder gemeinsam Sorge tragen.

1182

1183 Für die dringend notwendigen BAföG-Reformen und das gesamte öffentliche  
1184 Bildungssystem gilt: Bildungsgerechtigkeit ist nur zusammen mit  
1185 Steuergerechtigkeit zu denken. Eine angemessene Besteuerung von Vermögen,  
1186 Erbschaften, Finanztransaktionen und hohem Einkommen ist aus unserer Sicht  
1187 unabdingbar. Mittelfristig muss die Bildungsfinanzierung insgesamt auf den  
1188 Prüfstand. Bildung ist keine Ware. Gebühren sind deshalb nicht zu akzeptieren,  
1189 egal ob an Kitas, Schulen, Hochschulen oder in der Ausbildung. Stattdessen  
1190 brauchen wir eine starke öffentliche Förderung für alle Bildungsphasen. Fangen  
1191 wir mit der BAföG-Reform an!

1192

1193 FÜR HERKUNFTSUNABHÄNGIGES BAFÖG.

1194 Ausländische Studierende werden nach wie vor strukturell ausgegrenzt. So müssen  
1195 zusätzliche Belastungen wie Bewerbungsgebühren (z.B. uni-assist) und meist  
1196 selbst zu finanzierende, zusätzlich benötigte Qualifikationen (z.B.  
1197 Intensivdeutschkurse auf höchstem Niveau) selbst getragen werden. Das, obwohl  
1198 ihre Einnahmesituation strukturell schlechter ist als die von Menschen mit  
1199 deutschen Pass, da beim Zugang zu Fördermitteln vom Gesetzgeber nach Herkunft  
1200 diskriminiert wird. Obwohl die Studierenden durchschnittlich weniger Geld zur  
1201 Verfügung haben (Sozialerhebung des DSW) und finanzieller Druck ein häufiger  
1202 Grund für schlechteren Studienerfolg ist - bis hin zum Studienabbruch - werden  
1203 ausländische Studierende bislang mit wenigen Ausnahmen systematisch vom  
1204 wichtigsten Förderinstrument, dem BAföG, ausgeschlossen.

1205 Daher muss das BAföG grundsätzlich auch ausländischen Studierenden als  
1206 Förderinstrument offen stehen. Eine gerechte, diskriminierungsfreie  
1207 Bildungspolitik darf sich nicht an rückwärtsgewandter Abstammungslogik  
1208 orientieren. Für eine chancengerechte, freie Bildungspolitik ist daher ein  
1209 herkunftsunabhängiges BAföG unabdingbar.

1210

1211 FÜR EIN EUROPÄISCHES BAFÖG.

1212

1213 Europa hatte das große Ziel mit Bologna einen gemeinsamen europäischen  
1214 Bildungsraum zu schaffen, in dem der Zugang zu Bildung für alle vereinfacht  
1215 wird. Doch trotz einer Harmonisierung der Abschlüsse wurde nicht die gewünschte

1216 Mobilität junger Menschen erzielt. Die Ausbildungsförderungen unterscheiden sich  
1217 stark in den europäischen Staaten – nicht überall haben deshalb junge Menschen  
1218 die gleichen Möglichkeiten. Ein Studium oder eine Ausbildung in einem anderen  
1219 europäischen Land ist trotz Erasmus, das nur wenigen zugutekommt, abhängig vom  
1220 Geldbeutel der Eltern.

1221 Deshalb fordert Campusgrün ein europäisches Ausbildungsgeld – für alle, die an  
1222 europäischen Universitäten, Hochschulen und Schulen studieren, unabhängig vom  
1223 Pass und dem Einkommen der Eltern.

1224

1225 Europa muss sozialer werden und darf Menschen in prekären Lebenssituationen  
1226 nicht weiter gegeneinander ausspielen. Nach Artikel 14 der Europäischen  
1227 Grundrechtecharta hat jede\*r das „Recht auf Bildung sowie auf Zugang zur  
1228 beruflichen Ausbildung und Weiterbildung“. Dieses Recht darf nicht durch  
1229 fehlende finanzielle Möglichkeiten eingeschränkt werden.